

Kreistag des Landkreises Dahme-Spreewald



NIEDERSCHRIFT

der 32. Sitzung des Kreisausschusses am 21.08.2013 im großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung, Reutergasse 12, 15907 Lübben (Spreewald)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:00 Uhr

Teilnehmer:

Loge, Stephan	Landrat	
Helbig, Alexander	DIE LINKE	
Kolan, Lars	SPD	anwesend bis 19:00 Uhr, TOP 6
Dr. Kuttner, Michael	CDU	
Luban, Klaus	FDP	
Schmidt, Norbert	CDU	
Seelig, Robert	DIE LINKE	vertrat Eisenhammer, Martina anwesend bis 18:30 Uhr, TOP 4
Selbitz, Frank	UBL-GRÜNE/B 90	anwesend bis 19:00 Uhr, TOP 6
Terno, Heiko	Bauern/Pro Schönefeld	
Tölpe, Uta	SPD	

Von der Verwaltung haben teilgenommen

Albert, Helge	stellv. Amtsleiter Umweltamt
Brieger, Andrea	Sachbearbeiterin Büro Kreistag
Brumme, Carsten	Sachgebietsleiter im Straßenverkehrsamt
Degenhardt, Marion	Dezernentin für kommunale Angelegenheiten und inneren Dienstbetrieb
Gierhardt, Walter	Amtsleiter Rechtsamt
Karnapke, Marlies	Schriftführerin
Klein, Stefan	Amtsleiter Kämmerei und Kreiskasse
Klinkmüller, Carl-Heinz	Erster Beigeordneter und Dezernent für Planung, Bauwesen und Umwelt
Köhler, Carola	Bereichsleiterin wirtschaftliche Beteiligungen und Tourismus
Krägel, Sybille	amt. Leiterin Büro Kreistag
Kunze, Ralf	Vorsitzender des Personalrats
Nagel, Alexander	Amtsleiter Amt für Personal, Organisation und Service
Pretky, Antje	Bereich Gleichstellungsbeauftragte
Saß, Carsten	Beigeordneter und Dezernent für Bildung, Kultur, Jugend, Gesundheit und Soziales
Schmidt, Wolfgang	Beigeordneter und Dezernent für Finanzen, Wirtschaft sowie Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Schrager, Jörg	Amtsleiter Amt für Kreisentwicklung und Denkmalschutz
Schrager, Karin	Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt
Schaaf, Heidrun	Pressestelle
Stellmacher, Nancy	Büro Landrat

Entschuldigt waren:

Schluricke, Andreas	SPD	
Eisenhammer, Martina	DIE LINKE	wurde vertreten durch Seelig, Robert

Gäste:

Zuhörer für den öffentlichen Teil

TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil:

1. Zur Geschäftsordnung

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.2 zur Tagesordnung
- 1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

2. Vorberatung von Verwaltungsvorlagen und Anträgen für den Kreistag

- 2.1 Änderungen des Rahmenkonzeptes der Personalplanung und Personalentwicklung des Landkreises Dahme-Spreewald
hier: Überarbeitung 2013/056-1
- 2.2 Bestellung der Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Dahme-Spreewald 2013/075
- 2.3 Geoinformationssystem (GIS) für den Landkreis Dahme-Spreewald
hier: Kooperation mit Kommunen des Landkreises zum weiteren Ausbau des GIS 2013/082
- 2.4 Zahlung einer Lehrgangs- und Ausbildungsvergütung zur Ausbildung von Angehörigen der Feuerwehren in Verantwortung des Landkreises 2013/071
- 2.5 Bestätigung der wirtschaftlichen Betätigungen in Bezug auf deren Erforderlichkeit (öffentliches Interesse) für die Nachweisführung im Beteiligungsbericht 2012 2013/083
- 2.6 Neufassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Errichtung einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle 2013/065
- 2.7 Petition der Gemeinde Heideblick gegen den Ausbau der Bahnstrecke Berlin - Dresden für Tempo 200 km/h 2013/067
- 2.8 Petition zur Wiedereinführung der alten Kfz-Kennzeichen für den Landkreis Dahme-Spreewald 2013/059
- 2.9 Wiedenzulassung der Autokennzeichen für Lübben, Luckau und Königs Wusterhausen (Antrag der Fraktion UBL-GRÜNE/B90) 2013/069
- 2.10 Sitzungsplan für den Kreistag sowie den Kreisausschuss für das Jahr 2014 2013/079
- 2.11 Kommunalwahlen 2014
hier: Festlegung der Zahl und Abgrenzung der Wahlkreises für die Wahl des Kreistages des Landkreises Dahme-Spreewald 2013/080

3. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

4. Ggf. Genehmigung von Dienstreisen

5. Informationsvorlagen

- 5.1 Prüfvermerk des Kommunalen Prüfungsamtes des Ministeriums des Innern zur Querschnittsprüfung der Unteren Wasser- und Naturschutzbehörde des Landkreises Dahme-Spreewald 2013/062
- 5.2 Prüfauftrag zur Fortführung des Gewässerrandstreifenprojektes Spreewald (GRPS) 2013/066
- 5.3 Beiträge zur Kreisentwicklung Nr. 14 2013/072

hier: Erneuerbare Energien im LDS - Stromerzeugung durch Windkraft,
Solar, Biomasse, Wasserkraft, Deponiegas

6. Ggf. Informationen aus den Gesellschaften

7. Verschiedenes

II. Nichtöffentlicher Teil:

8. Zur Geschäftsordnung

8.1 zur Tagesordnung

8.2 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

9. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

10. Verschiedenes

Der Vorsitzende des Kreisausschusses, **Landrat Loge**, eröffnet die 32. Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Zur Geschäftsordnung

TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Landrat Loge stellt fest, dass die Einladung form- und fristgemäß erfolgte. Von elf stimmberechtigten Ausschussmitgliedern sind zehn anwesend. Damit ist der Kreisausschuss beschlussfähig.

TOP 1.2 zur Tagesordnung

Landrat Loge bittet, die Vorlage 2013/072 - jetzt unter Tagesordnungspunkt 2.7 - als Tagesordnungspunkt 5.3 einzuordnen. Die Nummerierung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

Weitere Anregungen, Ergänzungen oder Hinweise zur Tagesordnung liegen nicht vor. Die Abhandlung erfolgt in der nunmehr vorliegenden Fassung.

TOP 1.3 Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung

Schriftliche Einwendungen zur Niederschrift vom 12.06.2013 liegen nicht vor.

Herr Selbitz bittet, in der zweiten Zeile der Ausführungen von Herrn Dr. Kuttner auf Seite 3 das „t“ bei fertig~~t~~ zu streichen.

Landrat Loge bittet um eigenständige Korrektur.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit gilt die Niederschrift vom 12.06.2013 als anerkannt.

TOP 2. Vorberatung von Verwaltungsvorlagen und Anträgen für den Kreistag

TOP 2.1 Änderungen des Rahmenkonzeptes der Personalplanung und Personalentwicklung des Landkreises Dahme-Spreewald, hier: Überarbeitung, Vorl.Nr. 2013/056-1

Landrat Loge weist darauf hin, dass die Anhänge 1 und 2 (Grundsätze zur Führung und Zusammenarbeit sowie der Schulungskatalog) nicht verändert wurden und der ursprünglichen Vorlage 2013/056 zu entnehmen sind.

Der Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit hat in seiner Sitzung am 08.08.2013 eine einstimmige Zustimmungsempfehlung gegeben.

Herr Kolan empfiehlt zum Punkt 2 „Mögliche Verbeamtungen, im Rahmen der Anzahl der ausgeschiedenen Beamtinnen und Beamten, auch wenn die Stellen nicht zwingend hoheitlichen Charakter aufweisen.“ in den Erläuterungen der Vorlage, bis zum Kreistag am 04.09.2013 eine ergänzende Formulierung zu finden, wo der Landkreis letztendlich mit der Anzahl der Beamten stehen bleibe. Der Ausblick sei für die SPD-Fraktion nicht ganz klar. Ansonsten betrachte die Fraktion das gesamte Konzept als Darstellung des Ist-Zustandes.

Überdies stelle sich für Teile der SPD-Fraktion die Frage, ob sich bei der ersten Grafik auf Seite 18 des Personalberichts jeder aussuchen könne, wo der Landkreis letztendlich bei der Anzahl der Beschäftigten lande. Oder soll die Bandbreite gezeigt werden, in der sich der Landkreis bewege, oder werde dies vom Kreistag jedes Jahr neu über den Haushalt diktiert?

Herr Nagel erklärt, dass es sich um eine Darstellung handelt, wieviel Personal in den nächsten Jahren zu ersetzen wäre.

Die untere Linie zeige, wie sich die Anzahl der Beschäftigten auf Grund der Altersabgänge entwickelt. Die mittlere Linie zeige die Entwicklung bei Nachbesetzung dieser Abgänge durch eigene Ausbildung bzw. externe Einstellung. Und die obere Linie stelle eine Steigerung um fünf zusätzliche Mitarbeiter dar, wenn davon ausgegangen werde, dass weitere Aufgaben auf den Landkreis zukommen. Dann müsse personell verstärkt werden.

Zum Kreistag am 04.09.2013 könnten nähere Erläuterungen zu dieser Grafik gegeben werden.

Landrat Loge führt zu den Beamten aus, dass bei den Sonderverbeamtungen 1996 im Stellenplan eine größere Anzahl von Planstellen ausgewiesen wurde. Die ursprünglich ausgewiesenen 13 Stellen erhöhten sich auf 118 Stellen.

1999 wurde dieser Plan aber wieder auf 113 Planstellen abgesenkt, weil die 118 Planstellen nicht komplett mit Beamten besetzt werden konnten. Auch in den Folgejahren wurden die Zahlen immer weiter nach unten korrigiert und an die tatsächlich vorhandenen Beamten angeglichen. Der Stellenplan 2013 sehe noch 103 Planstellen für Beamte vor, von denen momentan aber drei mit tariflich Beschäftigten besetzt seien.

Die Fraktionen sollten sich unter Abwägung aller Vor- und Nachteile noch einmal eine Meinung bilden, ob es bei den 103 Beamten bleiben solle. Angesichts steigender Aufgaben für den Landkreis würde er persönlich jedoch für 118 Planstellen plädieren.

Unabhängig davon könne er sich auch noch gut daran erinnern, dass er im vergangenen Jahr im Rahmen der Haushaltsdiskussionen eine 15-%ige Senkung dieser Stellen angesprochen hatte. Ausgehend von den ursprünglich 118 Stellen würde die Obergrenze dann bei etwa 97 Planstellen für Beamte liegen.

Herr Dr. Kuttner vermisst in der Tabelle „voraussichtliche Entwicklung des Personalbestandes bis 2019“ auf Seite 17 ebenfalls einen Vermerk, dass es sich bei der oberen Linie um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter handelt, die aus Alters- und sonstigen Gründen ausscheiden.

Die CDU-Fraktion werde der Vorlage zustimmen, obwohl im gesamten Konzept die Perspektive fehle. Ob jetzt mit 118, 103 oder 97 Beamtenstellen als Obergrenze gerechnet werden sollte, könne sicherlich auch im Kreistag niemand sagen. Dazu bedarf es einer tiefgründigen Betrachtung. Dabei interessiere überhaupt nicht, welche Kreismodelle der Enquetekommission des Landes vorschweben. Die Analyse sollte allein aus Sicht des Landkreises Dahme-Spreewald vorgenommen werden und es sollte perspektivisch etwas weiter geschaut werden als nur bis 2013/2014.

Um den neuen Kreistagsabgeordneten nach der Kommunalwahl die Meinungen und Erfahrungen des jetzigen Kreistages mitzugeben, werde um eine Berichterstattung in regelmäßigen Abständen im Kreistag gebeten.

Landrat Loge begrüßt, dass die Personalentwicklung weiter so intensiv beobachtet werden soll, denn die demografische Entwicklung überrasche trotz aller Vorberechnungen und Analysen ständig neu. Es sei eine rasante Entwicklung, die sich auch auf die Attraktivität der Arbeitsplätze auswirke. Um gerade im berlinnahen Raum attraktiv zu bleiben, wurden in diesem Papier einige Strategien ausgewiesen, die sich von denen der letzten Jahre beträchtlich unterscheiden. So soll z. B. vom Prinzip der Einstellungszeit mit 36 Stunden/Woche abgewichen und die Einstellung von Beschäftigten grundsätzlich in Vollzeit mit 40 Stunden/Woche vorgenommen werden.

Zunehmend gebe es auch Mitarbeiter, die die 36 Stunden weit überschreiten und zahlreiche Überstunden ansammeln. Nicht weniger geworden sei auch die Zahl derjenigen, die trotz Teilzeit aus verschiedenen persönlichen Gründen bitten, entlastet zu werden. Über das audit berufundfamilie und das Gesundheitsmanagement werde den Mitarbeitern aber auch schon seit längerem Hilfe angeboten.

Bei den Auszubildenden gebe es kaum noch Bewerbungen aus dem Norden des Landkreises. Da wirke sich der berlinnahe Raum aus. Aus der südlichen Region des Landkreises nehmen die Bewerbungen ebenfalls weiter ab, aber aus anderen südlichen Landkreisen Brandenburgs und teilweise auch aus Sachsen sei ein Anstieg zu verzeichnen.

Herr Selbitz ist der Ansicht, dass es der persönlichen Führungsqualität des Landrates obliegen sollte, die Zahl der Beamtenstellen im genannten Rahmen festzulegen. Grundsätzlich sollten die Beamtenstellen offen gehalten werden, die im Landkreis ja auch dazu führen, dass die Personalkosten geringer ausfallen als bei der Anstellung von Angestellten.

Seitens der Fraktion werde auch die Ausbildung im Hause als sehr vorbildlich eingeschätzt. Es sollte weiter daran festgehalten werden, die Ausgebildeten zu übernehmen bzw. ihnen diese Möglichkeit anzubieten.

Zu dem im Konzept erwähnten Gleichstellungsplan ergab eine Nachfrage der Fraktion, dass dieser seit 2009 im Entwurf vorliegt. Es werde gebeten, zeitnah daran weiterzuarbeiten und den Kreistag auf einem aktuellen Kenntnisstand zu halten.

Herr Helbig erinnert, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen 2013 eine Lohnkostenobergrenze von 38 Mio. Euro vereinbart wurde. Diese Selbstbindung sehe er bei einem Zuwachs an tatsächlicher Arbeitszeit nicht berücksichtigt.

Landrat Loge erwidert, dass diese Obergrenze auf die Dauer vermutlich nicht gehalten werden kann.

Die Tarifierhöhungen wurden in die 38 Mio. Euro zwar eingerechnet, aber es gebe einen neuen Stellenplanentwurf mit einem Stellenzuwachs. Dieser liege u. a. darin begründet, dass dem Landkreis von Bund und Land zahlreiche Aufgaben zugewiesen wurden – z. B. zum Bildungs- und Teilhabepaket oder der Adoptionsvermittlung. Die Kosten für die Erfüllung dieser Aufgaben werden aber nur zum Teil erstattet.

Abstimmung über die Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -

TOP 2.2 Bestellung der Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2013/075

Es besteht kein Redebedarf.

Abstimmung über die Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -

TOP 2.3 Geoinformationssystem (GIS) für den Landkreis Dahme-Spreewald hier: Kooperation mit Kommunen des Landkreises zum weiteren Ausbau von GIS, Vorl.Nr. 2013/082

Es besteht kein Redebedarf.

Abstimmung über die Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -

TOP 2.4 Zahlung einer Lehrgangs- und Ausbildungsvergütung zur Ausbildung von Angehörigen der Feuerwehren in Verantwortung des Landkreises, Vorl.Nr. 2013/071

Herr N. Schmidt erklärt, dass der Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit eine einstimmige Zustimmungsempfehlung gegeben hat, denn die bisherige Lehrgangs- und Ausbildungsvergütung war sehr niedrig. Es kam jedoch die Frage auf, inwieweit eine Satzung vielleicht besser wäre. Das würde dem Ganzen einen höheren Stellenwert verleihen.

In der Ausschusssitzung konnte keine Antwort gegeben werden und es sei zu fragen, ob unterdessen eine Klärung erfolgte.

Herr Wolfgang Schmidt antwortet, dass in einem Runderlass aus dem Jahr 1994, dem die Zahlung hier zugrunde liege, von einer „Lehrvergütung“ oder einem „Honorar“ die Rede sei. Insofern müsse es nicht zwingend öffentlich-rechtlich geregelt werden. Die Verwaltung würde es bei der bisherigen Regelung belassen, weil es letztendlich auch einfacher zu handhaben sei, wenn es einmal Änderungen geben sollte.

Um Klarheit zu schaffen, könnte das Wort „Aufwandsentschädigung“ im dritten Absatz der Erläuterungen austauscht werden. Die Änderung könnte im Kreistag angesagt werden.

**Abstimmung über die Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -**

TOP 2.5 Bestätigung der wirtschaftlichen Betätigungen in Bezug auf deren Erforderlichkeit (öffentliches Interesse) für die Nachweisführung im Beteiligungsbericht 2012

hier:

- Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH (WFG),
- Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH (TGZ),
- Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH (ELS),
- Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH (BADC),
- Klinikum Dahme-Spreewald GmbH (KDS),
- Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH (RVS),
- Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB)

Vorl.Nr. 2013/083

Herr Dr. Kuttner bittet namens der CDU-Fraktion ausdrücklich, diese Vorlage in die Ausschüsse zu verweisen. Vorstellbar wären der Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus sowie der Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit.

In der Vorlage sei zwar sehr viel Gutes zu Papier gebracht, aber einige Dinge scheinen aus Sicht der Fraktion noch diskussionswürdig. Wenn jetzt ein entsprechender Beschluss gefasst werde, lege sich der Kreistag fest und danach gebe es keine Handlungsmöglichkeiten mehr. Darüber hinaus könnte in der Zwischenzeit noch das eine oder andere klärende Gespräch mit der Verwaltung geführt werden.

Abstimmung über die Empfehlung an den Kreistag, die Vorlage in den Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus sowie in den Ausschuss für Finanzen, Öffentliche Ordnung und Sicherheit zu verweisen: - einstimmig bestätigt -

TOP 2.6 Neufassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Errichtung einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle, Vorl.Nr. 2013/065

Landrat Loge informiert, dass im Jugendhilfeausschuss am 07.08.2013 eine einstimmige Zustimmungsempfehlung gegeben wurde.

**Abstimmung über die Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -**

TOP 2.7 Petition der Gemeinde Heideblick gegen den Ausbau der Bahnstrecke Berlin - Dresden für Tempo 200 km/h, Vorl.Nr. 2013/067

Landrat Loge führt aus, dass die Gründe gegen den Ausbau der Bahnstrecke auf über 160 km/h aus der Sicht der Gemeindevertretung verständlich sind. Eine Zuständigkeit des Landkreises Dahme-Spreewald sei hier aber nicht gegeben. Diese liege bei der Deutschen Bahn AG und die Kostenteilung regle das Eisenbahnkreuzungsgesetz. Es bestehe aber die Möglichkeit der finanziellen Unterstützung über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz.

Herr Terno sieht die Hauptursache in diesem nostalgischen Eisenbahnkreuzungsgesetz, das eine Drittelung der Kosten (je ein Drittel Bund, Bahn und Straßenbaulastträger) vorsieht. Es bringe Probleme mit sich, wenn Gemeinden an Maßnahmen beteiligt werden sollen, die ureigenstes Interesse der Bahn seien.

Die Gemeindevertretung von Heideblick hatte sich im Übrigen schon vor Jahren Gedanken gemacht, ist an die Stadt Luckau herangetreten und hat eine Gemeindefusion vorgeschlagen. In einer Bürgerbefragung haben die Einwohner von Heideblick diese Fusion jedoch abgelehnt. Das sei schade, denn es hätte 500.000 Euro Eingliederungsprämie gegeben, die für die Baukostenbeteiligung hätten verwendet werden können.

Herr Kolan merkt an, dass allen klar sei, dass der Landkreis hier der falsche Adressat sei. Er verstehe aber auch, dass das Problem über den Kreistag publik gemacht werden soll.

Überdies habe die Verwaltung auf eine Anfrage von Herrn Selbitz zum Ausbau der Bahnstrecke Berlin – Dresden geantwortet, dass die Zahl der Bahnübergänge im Landkreis nach vorliegenden Unterlagen der Deutschen Bahn AG nicht reduziert werden soll. Im Bereich der Stadt Golßen seien aber z. B. drei von vier Querungen - der Mahlsdorfer Grund, die L 711 an der Bahnhofstraße und auch die Brücke Hohendorf/Landwehr - sehr vakant. Das sollte noch einmal geprüft werden, damit die Aussage gegenüber Herrn Selbitz auch stimmig sei.

Alles in allem sei es schon ein Einschnitt, der nicht einfach so an den Kommunen vorbeigehen werde. Die Frage sei, wie man sich mit der Bahn einigen könnte, um vielleicht doch noch etwas zu retten.

Herr Dr. Kuttner erklärt, dass auch die CDU-Fraktion der Rückweisung der Petition wegen fehlender Zuständigkeit zustimmen wird. Es bleibe gar nichts anderes übrig. Trotzdem werde Wert darauf gelegt, dass der Inhalt nachvollziehbar und verständlich sei. Die Fraktion sei nicht dafür, eine Gemeinde auf Jahre hinaus finanziell lahmzulegen, weil mit der Drittelung sämtliche Investitionsgelder aufgebraucht seien.

Die Unstimmigkeit in der Antwort an Herrn Selbitz sei ebenfalls aufgefallen, das habe Herr Kolan aber bereits angesprochen.

Herr Schrag vermutet, dass auf jeden Fall Querungen geschlossen werden. In der vierten Frage von Herrn Selbitz ging es aber um die landwirtschaftlichen Betriebe – welche Beeinträchtigungen durch die Brückenbauwerke und die veränderten Querungen entstehen. Und das könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden, weil die Planungen noch nicht vorliegen.

Landrat Loge sagt eine Ergänzung der Antwort an Herrn Selbitz zu, wenn die Planungen vorliegen.

Herr Selbitz geht davon aus, dass das Interesse seitens der Gemeinde sehr hoch ist. Falls noch Nachfragen bestehen, werde um Rederecht für die heute als Gast anwesende stellvertretende Bürgermeisterin gebeten.

Weiterhin werde gebeten, die Antwort der Verwaltung vom 13.08.2013 auf seine Anfrage in die Diskussion zur Petition im Kreistag am 04.09.2013 einzubeziehen, weil es Antworten zum gleichen Inhalt seien.

Herr Helbig weist darauf hin, dass in Eichwalde an der Görlitz-Berliner-Bahnstrecke eine ähnliche Problematik besteht. Dort nehme die Lärmbelastung ständig zu. Der Gemeinde-

haushalt werde mit 3,5 Mio. Euro Eigenmitteln für Maßnahmen an dieser Bahnstrecke belastet, die eigentlich für andere Aufgaben eingesetzt werden könnten.

Der Gemeinde Heideblick sollte die Solidarität des Kreistages versichert werden und eine Mithilfe bei der Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen in Ortsdurchführungen gewährt werden, wenn dies gewünscht werde.

Landrat Loge erwidert, dass die Modernisierung von Verkehrskorridoren ein grundsätzliches gesellschaftliches Anliegen sei. Wenn diesbezüglich aber z. B. die Schwellenwerte in den Emissionswerten nicht angepasst werden oder so ausgelegt werden - alle kennen ja die Flugroutendiskussion - dass die Bürger unter dem Strich Nachteile erlangen, sollte das aus der Kommunalpolitik heraus deutlich gemacht werden. Das könne jetzt aber nicht an dieser Vorlage festgemacht werden.

**Abstimmung über die Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- bei 7 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen mehrheitlich bestätigt -**

TOP 2.8 Petition zur Wiedereinführung der alten Kfz-Kennzeichen für den Landkreis Dahme-Spreewald, Vorl.Nr. 2013/059

Landrat Loge erinnert, dass der Kreisausschuss im November 2012 das Thema bereits beraten hatte. Damals sprach sich der Kreisausschuss gegen die Wiedereinführung der Altkennzeichen aus.

Die nunmehr stattfindende Diskussion habe die Verwaltung veranlasst, eine erneute Bedarfsabfrage in den Kommunen vorzunehmen. Es haben sich aber noch nicht alle zurückgemeldet.

Herr W. Schmidt ergänzt, dass sich bisher die Gemeinden Schönefeld, Unterspreewald, Schulzendorf, Eichwalde, Heidesee, Königs Wusterhausen und Märkische Heide zurückgemeldet haben. Alle stehen dem Ansinnen ablehnend gegenüber. Es werde davon ausgegangen, dass sich auch die übrigen Gemeinden bis zum Kreistag noch melden.

Die Verwaltung schließe sich inhaltlich und fachlich zwar weiter der Haltung des Landkreistages und des Städte- und Gemeindebundes an, die keine Notwendigkeit der Wiedereinführung der alten Kfz-Kennzeichen sehen, dennoch wurde die Vorlage im Sinne des Petenten verfasst, weil es keine formellen Gründe gebe, diese abzulehnen.

Die Argumente für und gegen die Wiedereinführung können hin und her diskutiert werden. Es gebe auch einen minimalen Bedarf, die Größe sei im Moment aber nicht bezifferbar. Recherchen in Nachbarlandkreisen haben ergeben, dass bislang etwa 500 Anträge gestellt wurden – also deutlich unter 1 % der zugelassenen Kraftfahrzeuge. Im Antrag der Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 unter Tagesordnungspunkt 2.9 werde auch schon darauf hingewiesen, dass abgewartet werden müsse, wie es sich langfristig entwickelt. Welcher Bedarf bei den Bürgern entstehe, werde erst die Zukunft zeigen.

Wer sofort ein Wunsch Kennzeichen möchte, wenn der Kreistag dem Antrag der Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 zugestimmt habe, müsse eine Gebühr von 10,20 Euro entrichten. In Zukunft könne aber bei einer Neuanschaffung ohne zu bezahlen aus den vier Kennzeichen ausgewählt werden, wenn es denn bei vier Kennzeichen bleibe. Mit Beeskow, Zossen und Fürstenwalde gäbe es im Landkreis Dahme-Spreewald nämlich insgesamt sieben Kennzeichen.

Der Trend gehe bundesweit in die Richtung, alte Kfz-Kennzeichen wieder zuzulassen. Der Bundesrat hatte im Juli beschlossen, dass zukünftig bundesweit jeder bei einem Wohnungswechsel sein Kennzeichen mitnehmen könne. In Brandenburg sei das ja schon jetzt möglich.

Werde der Petition gefolgt, müsste die Anschaffung entsprechender Software auf das Kalenderjahr 2014 vorgezogen werden. Das seien aber Kosten, die mittel- oder langfristig sowieso auf den Landkreis zukommen würden.

Herr Terno sieht die Sache ebenfalls skeptisch. Je größer die Vielfalt der Kfz-Kennzeichen, umso schwerer werde z.B. der Kampf gegen Grenzkriminalität und Autodiebstahl. Es stehe ja schon heute jedem frei, sein Kürzel *KW* oder *LC* hinter *LDS* auf dem Kennzeichen zu platzieren. Außerdem begehe der Landkreis in wenigen Wochen sein zwanzigjähriges Bestehen. Mit dem Kürzel *LDS* gab es bislang keine Probleme und es sei nur schwer verständlich, dass nach so vielen Jahren wieder die Altkennzeichen eingeführt werden sollen.

Landrat Loge geht bei der bisher geführten Diskussion davon aus, dass der Antrag der Fraktion UBL-GRÜNE/B 90 auf Wiederzulassung der Autokennzeichen für Lübben, Luckau und Königs Wusterhausen (Tagesordnungspunkt 2.9) bereits mit eingeflossen sei.

Herr Kolan kündigt an, dass die SPD-Fraktion im Kreistag nicht geschlossen abstimmen wird. In der Fraktion gebe es kein einheitliches Meinungsbild. Die Bandbreite gehe von „soll doch jeder nach seiner Fassung“ bis „geht gar nicht“.

Herr Dr. Kuttner erklärt, dass die CDU-Fraktion ebenfalls nicht geschlossen abstimmen wird. Das Spektrum der Argumente sei ähnlich wie in der SPD-Fraktion. Er persönlich sei auch strikt dagegen und schließe sich der Auffassung von Herrn Terno an, dass jeder die Möglichkeit habe, *LC*, *LN* oder *KW* hinter das Landkreiskürzel zu schreiben. Damit wäre ein Bezug auf Heimatorte gegeben.

Zu dem, was Herr W. Schmidt bereits angedeutet habe, werde darauf hingewiesen, dass Lieberose dann das Recht habe, *BSK* zu verwenden, Telz *ZS* für Zossen und Wernsdorf *FW* für Fürstenwalde. Für diese Bürger sollte dann genausoviel getan werden wie für die anderen. Inwieweit dies rechtlich umsetzbar sei, könne er im Moment nicht einschätzen. Zumindest sollte es aber gefordert werden.

Hinsichtlich der Kosten sehe er kein Problem, die Investition zu verschieben. Gelder, die nicht sofort ausgegeben werden müssen, bleiben auf dem Konto und bringen Zinsen. Dann müsse eben der neue Kreistag 2014 dazu eine Entscheidung treffen.

Herr W. Schmidt weist darauf hin, dass die Landkreise für die Beantragung der Altkennzeichen nicht zuständig sind. Das Gesetz besage, dass die Länder die Kennzeichen beim Bund beantragen.

Das Land Brandenburg habe nicht in einer Rechtsverordnung etc., sondern in einem mehr oder weniger formlosen Schreiben festgelegt, eine Beantragung nur dann vorzunehmen, wenn es von den Landkreisen eine entsprechende Aufforderung gebe. Er wäre bereit, auch den Hinweis auf die Kennzeichen *BSK*, *ZS* und *FW* an das Land weiterzuleiten, um allen Bürgern im Landkreis die gleichen Möglichkeiten einzuräumen.

Herr Helbig möchte wissen, ob die Gebühren für die Altkennzeichen kostendeckend sind. Wenn nicht, sollten diese kostendeckend gestaltet werden. Schließlich sei es für die Bürger ein gewisser Luxus, der auch angemessen bezahlt werden sollte.

Herr W. Schmidt erwidert, dass sich dies erübrige, weil es für Wunschkennzeichen auch heute schon eine Gebührenordnung gebe. Nachgerechnet habe es die Verwaltung zwar

noch nicht, aber es müsse davon ausgegangen werden, dass die 10,20 Euro nicht kostendeckend sind.

Werden die Altkennzeichen wieder eingeführt, würde die Anschaffung der entsprechenden Software zur Erweiterung des elektronischen Archivs etwa 40.000 Euro kosten.

Abstimmung über die Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- bei 3 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt -

TOP 2.9 Wiederzulassung der Autokennzeichen für Lübben, Luckau und Königs Wusterhausen (Antrag der Fraktion UBL-GRÜNE/B90), Vorl.Nr. 2013/069

Auf entsprechende Nachfrage von **Landrat Loge** erklärt Herr Selbitz namens der einreichenden Fraktion, dass mit dem Tagesordnungspunkt 2.8 die Thematik bereits abgehandelt wurde. Die geführte Diskussion sei ausreichend.

Herr W. Schmidt fragt nach, ob es sich bei den von Herrn Dr. Kuttner erwähnten drei Altkennzeichen um einen Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion handelt.

Landrat Loge hat es als Forderung aufgefasst. Es werde empfohlen, diese die in der Niederschrift zu verankern.

Herr Dr. Kuttner stimmt der Empfehlung zu.

Abstimmung über die Empfehlung an den Kreistag, dem Antrag zuzustimmen:
- bei 1 Ja-Stimme, 4 Nein-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt -

TOP 2.10 Sitzungsplan für den Kreistag sowie den Kreisausschuss für das Jahr 2014, Vorl.Nr. 2013/079

Herr Dr. Kuttner empfiehlt, wegen der Oktober-Ferien den Kreisausschuss am 29.10.2014 auf den 05.11.2014 und den Kreistag vom 05.11.2014 auf den 12.11.2014 zu verschieben.

Frau Krägel gibt zu bedenken, dass die Zeit zwischen den Sitzungen der Fachausschüsse und des Kreisausschusses/Kreistages dann sehr lang wäre.

Die Abgeordneten signalisieren, bis zum Kreistag noch einmal in den Fraktionen zu beraten.

Abstimmung über die Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -

**TOP 2.11 Kommunalwahlen 2014
hier: Festlegung der Zahl und Abgrenzung der Wahlkreises für die Wahl des Kreistages des Landkreises Dahme-Spreewald,
Vorl.Nr. 2013/080**

Es besteht kein Redebedarf.

Abstimmung über die Empfehlung an den Kreistag, der Vorlage zuzustimmen:
- einstimmig bestätigt -

TOP 3. Ggf. Dringlichkeitsvorlagen/-anträge

Es liegen keine Dringlichkeitsvorlagen/-anträge vor.

TOP 4. Genehmigung von Dienstreisen

Dienstreise nach Berlin:

Landrat Loge teilt mit, dass Herr Selbitz am 13.08.2013 die Genehmigung einer Dienstreise am 13.08.2013 nach Berlin zum „*Feuerwehr-Wirtschaftskreis – Partner für Ideen*“ beantragt hatte.

**Abstimmung: - einstimmig bestätigt -
Beschl.Nr. KA Dienstreise Herr Selbitz am 13.08.2013 nach Berlin**

Der Kreisausschuss genehmigt die Dienstreise von Herrn Selbitz am 13.08.2013 zum Feuerwehr-Wirtschaftskreis nach Berlin, Schmöckwitzer Damm 1G, Teikyo Hotel am Zeuthener See.

Dienstreise nach Kleinmachnow:

Landrat Loge informiert, dass Herr Dr. Kuttner am 14.08.2013 die Genehmigung einer Dienstreise am 14.08.2013 nach Kleinmachnow zu einem Wirtschaftsgespräch unter dem Motto „*Schleuse Kleinmachnow – wichtige Schalterfunktion für die Zukunftstätigkeit von Wirtschaft und Umweltschutz im Land Brandenburg*“ beantragt hatte.

**Abstimmung: - einstimmig bestätigt -
Beschl.Nr. KA Dienstreise Herr Dr. Kuttner am 14.08.2013 nach Kleinmachnow**

Der Kreisausschuss genehmigt die Dienstreise von Herrn Dr. Kuttner am 14.08.2013 nach Kleinmachnow zum Wirtschaftsgespräch „*Schleuse Kleinmachnow – wichtige Schalterfunktion für die Zukunftstätigkeit von Wirtschaft und Umweltschutz im Land Brandenburg*“.

Dienstreise nach Eisenhüttenstadt:

Herr Dr. Kuttner zeigt an, dass er heute eine Einladung für den 04.09.2013 in das Friedrich-Wolf-Theater Eisenhüttenstadt zu einem deutsch-polnischen Wirtschaftsgespräch „*Fünf vor zwölf, haben unsere Wirtschaftsstandorte noch eine Zukunft?*“ erhalten hat. Die Genehmigung einer Dienstreise werde hiermit beantragt.

Landrat Loge merkt an, dass diese Einladung noch weitere Kreistagsmitglieder erhalten haben. Die Genehmig könnte gleich für alle erteilt werden.

**Abstimmung: - einstimmig bestätigt -
Beschl.Nr. KA Dienstreise Kreistagsmitglieder am 04.09.2013 nach Eisenhüttenstadt**

Der Kreisausschuss genehmigt die Dienstreisen von Kreistagsmitgliedern am 04.09.2013 zum deutsch-polnischen Wirtschaftsgespräch „*Fünf vor zwölf, haben unsere Wirtschaftsstandorte noch eine Zukunft?*“ nach Eisenhüttenstadt.

TOP 5. Informationsvorlagen

TOP 5.1 Prüfvermerk des Kommunalen Prüfungsamtes des Ministeriums des

Es besteht kein Redebedarf. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 5.2 Prüfauftrag zur Fortführung des Gewässerrandstreifenprojektes Spreewald (GRPS), Vorl.Nr. 2013/066

Landrat Loge erklärt, dass die Vorlage bereits im Ausschuss für Bauen und Umwelt am 05.08.2013 beraten wurde.

Herr Selbitz führt aus, dass parallel zum Prüfauftrag zur Fortführung des Gewässerrandstreifenprojektes die Problematik des Gewässerentwicklungskonzeptes für die Pretschener Spree in der Diskussion sei, die ja einen Teil dieses Gebietes betrifft. In Kenntnisnahme von Herrn Wille, mit dem er gemeinsam den Prüfauftrag in die Wege geleitet hatte, habe er dazu einige Nachfragen zum Kreistag am 04.09.2013 gestellt.

Er gehe davon aus, dass im Kreistag eine entsprechende Antwort gegeben werde. Insofern sei eine Diskussion heute nicht erforderlich.

Weiterer Redebedarf besteht nicht. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 5.3 Beiträge zur Kreisentwicklung Nr. 14
hier: Erneuerbare Energien im LDS - Stromerzeugung durch Windkraft,
Solar, Biomasse, Wasserkraft, Deponiegas, Vorl.Nr. 2013/072**

Landrat Loge erklärt, dass die Vorlage bereits im Ausschuss für Bauen und Umwelt am 05.08.2013 vorgestellt wurde. Im Nachgang dazu wurde noch eine Anlage mit neu veröffentlichten Daten übersandt.

Herr Kolan bezieht sich auf die Formulierung „... hat der LDS bereits Ende des Jahres 2011 einen Stand von fast 99 % der Sicherung des Strombedarfes des Landkreises durch erneuerbare Energien erreicht.“ in den Erläuterungen der Vorlage und möchte wissen, wessen Strombedarf damit gemeint sei – aller Bürger, aller Firmen oder der Kreisverwaltung?

Herr Schragger antwortet, dass damit der gesamte Strombedarf aller Bürger, Unternehmen und Institutionen des Landkreises gemeint sei. Inzwischen habe sich auch viel getan und es konnte ein weiterer Zuwachs bei der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien erreicht werden.

Landrat Loge ist aus dem gestern vorgestellten regionalen Energiekonzept, das von der Regionalen Planungsgemeinschaft in Auftrag gegeben wurde, bekannt, dass die 99 % nicht nur auf Windkraft beruhen. Stark zugenommen habe in den vergangenen Jahren die Erzeugung von Solarstrom.

Wenn die Schriftenreihe zum regionalen Energiekonzept im Planungsgebiet in ausreichenden Stückzahlen vorliegt, könnten einige Exemplare an die Fraktionen weitergeleitet werden.

Weiterer Redebedarf besteht nicht. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6. Informationen aus den Gesellschaften

Herr W. Schmidt führt aus:

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH (WFG)

Der Halbjahresbericht 2013 weist einen Überschuss in Höhe von 469.000 Euro aus; entstanden durch Einsparungen und außerplanmäßige Einnahmen wie z. B. aus dem Vergleichsverfahren Schallschutz in Höhe von 250.000 Euro oder der pauschalen Abgeltung des kontaminationsbedingten Mehraufwandes ZLR IV in Höhe von 175.000 Euro.

Trotzdem bleibt in der Finanzaussicht für 2014 die finanzielle Lage insbesondere durch den Kapitaldienst und die zu erwartenden Beiträge für Schmutzwasser an den TAZV Luckau in angekündigter Höhe von 753.000 Euro in der Schwebe. Hier ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen.

Wenn der TAZV Luckau die Verfahren wie angekündigt durchzieht, läuft die WFG auch Gefahr, insbesondere von den Käufern der erschlossenen Flächen des Industriegebietes Alteno Regressforderungen zu erhalten. Dort drohe noch einmal eine Forderung in Höhe von ungefähr 2,3 Mio. Euro.

Die WFG hat bereits einen Mittelbedarf von 3,5 Mio. Euro für das Haushaltsjahr 2014 angemeldet.

Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH (TGZ)

Am 06.08.2012 wurde der Geschäftsanteilsübertragungsvertrag unterzeichnet und an das Innenministerium zur Genehmigung weitergereicht.

In der letzten Gesellschafterversammlung am 12.08.2013 wurde der Jahresabschluss 2012 festgestellt. Dieser schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von rund 10.000 Euro ab.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2014 wurde ebenfalls bestätigt. Es wird von einem Jahresüberschuss von 23.000 Euro ausgegangen, so dass insgesamt nur ein geringer Spielraum für neue Investitionen in das Gebäude vorhanden sein wird.

Im Kreistag am 23.10.2013 soll der Entwurf des überarbeiteten Gesellschaftsvertrages sowie die Bestellung der sogenannten stimmrechtslosen Vertreter beschlossen werden.

Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH (RVS)

Die letzte Gesellschafterversammlung fand am 20.06.2013 statt. Hier wurde der Jahresabschluss 2012 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 104.000 Euro festgestellt. Die gebildeten Rückstellungen für die VBB-Einnahmenaufteilung für die Jahre 2010 bis 2012 betragen in Summe 2.864,4 TEUR.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus hat sich mit der Problematik auseinandergesetzt und sich die Einnahmenaufteilung im VBB erläutern lassen. Das ist nicht nur ein mathematisch, sondern auch rechtlich sehr kompliziertes Verfahren, das nur schwer zu durchschauen sei.

Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung des ÖPNV und der Erstellung des Nahverkehrsplanes im Jahr 2014 sind zwei Workshops mit den Amtsdirektoren bzw. Bürgermeisterern zur Feststellung der unterschiedlichen Bedarfe geplant.

Außerdem findet am 15. Oktober eine öffentliche Veranstaltung zur Entwicklung des ÖPNV unter Leitung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Königs Wusterhausen statt.

Energierregion Lausitz-Spreewald GmbH (ELS)

In der Regionalkonferenz am 12.08.2013 wurden im ZLR III in Wildau die Ergebnisse der Kompetenzfeldanalyse im Entwurf vorgestellt. Der Endbericht soll bis zum 05.09.2013 erstellt werden. Neben 40 anderen Teilnehmern haben auch einige Kreistagsabgeordnete an dieser Veranstaltung teilgenommen.

In der letzten Gesellschafterversammlung am 24.06.13 wurde der Jahresabschluss 2012 festgestellt und es wurden der Aufsichtsrat sowie die Geschäftsführung entlastet. Die Gesellschaft hat ein ausgeglichenes Ergebnis von Null Euro.

Bei der Wirtschaftsplanung für 2014 wird von 60.000 Euro je Gesellschafter ausgegangen, diese wurden in der Planung des LDS berücksichtigt. Eine konkrete Untersetzung durch Projektvorschläge wurde verabredet und soll in der Aufsichtsratssitzung am 28.08.2013 diskutiert werden.

Berlin-Brandenburg Area Development Company (BADC)

Die BADC befindet sich weiterhin in der Sanierungsphase. In der Gesellschafterversammlung am 20.06.2013 wurde der Wirtschaftsplan 2013 beschlossen. Der Zuschuss des LDS für 2013 in Höhe von 7.500 Euro wurde bereits im Juli ausgezahlt.

Der Jahresabschluss 2012 wurde ebenfalls festgestellt, ein Überschuss in Höhe von 44.000 Euro wurde erzielt.

In der nächsten Gesellschafterversammlung sollen die neue Zusammensetzung des Aufsichtsrates und die Änderung des Gesellschaftsvertrages entsprechend der neuen Anteile diskutiert werden.

IBA Fürst-Pückler-Land GmbH i. L.

In der letzten Gesellschafterversammlung der IBA am 02.08.2013 wurde der Vergleich der offenen Forderungen der Zusatzversorgungskasse angenommen und der Aufhebungsbescheid, der die Zahlungsaufforderung von 59.000 Euro zum Inhalt hatte, bestätigt.

Der Jahresabschluss 2012 wurde festgestellt. Es entstand ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 94.000 Euro, wobei der Ausgleich aus Rücklagen vorgenommen wird und keine Zahlung durch die Gesellschafter erfolgt.

Die Stammeinlage wird in voller Höhe zurückgezahlt, der Zeitpunkt der Auszahlung kann erst ab September 2013 in Erfahrung gebracht werden.

Kommunaler Abfall-Entsorgungsverband Niederlausitz (KAEV)

In der letzten Verbandsversammlung am 27.06.2013 wurde der Jahresabschluss 2012 festgestellt. Es wurde ein Jahresüberschuss von 301.000 Euro erzielt, diese Mittel dienen der Erhöhung des Eigenkapitals und können für künftige Zahlungsverpflichtungen des Verbandes verwendet werden.

Südbrandenburgischer Abfallzweckverband (SBAZV)

Am 15.08.2013 fand eine Gesellschafterversammlung statt, in der der Jahresabschluss 2012 festgestellt wurde. Es wurde ein Jahresüberschuss von 903.000 Euro erwirtschaftet, der

hauptsächlich zur Bildung von Rücklagen für künftige Zahlungsverpflichtungen verwendet werden soll.

Der Halbjahresbericht geht von einer planmäßigen Entwicklung auch im Jahr 2013 aus.

Gewässerrandstreifenprojekt

Der Kreistag hatte sich am 19.06.2013 grundsätzlich positioniert und der Auflösung des Verbandes zugestimmt. Der am 19.06.2013 erteilte Prüfauftrag an die Verwaltung, hat im Ergebnis dazu geführt, dass alle beteiligten Ämter und Gemeinden sowie die Stadt Lübben der Weiterführung des Zweckverbandes ablehnend gegenüberstehen. Die Umsetzung der offenen und künftigen Projekte soll durch die Wasser- und Bodenverbände realisiert werden.

Landrat Loge erklärt, dass ihn die Situation der Wirtschaftsförderungsgesellschaft sehr beunruhige. Die ca. 3,5 Mio. Euro werden sich nachhaltig im Haushaltsplan 2014 auswirken.

Bei einer Reihe von Firmen im Gewerbegebiet Alteno brodelt es ebenfalls, weil Beiträge in sechsstelliger Höhe an den TAZV Luckau nachgezahlt werden sollen. Diese Unternehmen werden sicherlich versuchen, gegenüber dem Grundstücksverkäufer – also der Wirtschaftsförderungsgesellschaft – Regressforderungen zu stellen.

Unabhängig davon, wie erfolgreich das wäre, wolle er sich aber eher mit diesen Firmen solidarisieren als gegen sie arbeiten, denn der Landkreis sitze mit ihnen in einem Boot. Anfang September soll es auch einen ersten Informationsaustausch der Betroffenen geben.

Erfreulich sei, dass das Technologie- und Gründerzentrum jetzt eine schwarze Null schreibe. Allerdings müsse in den nächsten Jahren der Renovierungsrückstau abgearbeitet werden, was natürlich zusätzliche Aufwendungen mit sich bringe.

Ebenfalls erfreulich sei die Entwicklung bei der BADC.

Herr Helbig bezieht sich auf den im letzten Kreisausschuss erwähnten mangelnden Vermietungsstand in den ZLR I bis IV und möchte wissen, ob es seitens der Wirtschaftsförderungsgesellschaft ein Konzept gebe, wie dieser verbessert werden könne. Irgendwie müsse ja reagiert werden, um den defizitären Zustand nicht noch weiter zu vergrößern.

Herrn W. Schmidt liegt der aktuelle Vermietungsstand im Moment nicht vor. Seinem Wissen nach sei er aber auch nicht besonders defizitär. Es wurde ohnehin nicht davon ausgegangen bereits jetzt einen hundertprozentigen Vermietungsstand zu erreichen. Natürlich bemühe sich die WFG, in den letzten Wochen wurden auch neue Verträge abgeschlossen. Interessiert seien aber eher die kleineren Firmen und nicht die großen. Das hänge auch mit der Flughafenentwicklung zusammen.

Die Aktivitäten der Wirtschaftsförderungsgesellschaft über die eigene Homepage etc., aber auch über Drittvermittler wie Internetportale und Direktvermarkter zeige zwar auch eine gewisse Wirkung, aber mit Adlershof und dem übrigen Umfeld gebe es eine gut aufgestellte Konkurrenz.

Im ursprünglichen Konzept gab es einmal andere Terminstellungen, worauf die Finanzierung aufbaute. Das das jetzt nicht so eingetreten sei, könne nicht der Wirtschaftsförderungsgesellschaft angelastet werden.

Landrat Loge fügt hinzu, dass der Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft in diesem Jahr von einem Vermietungsstand von bis zu 65 % ausgeht. Nach Optionen von Unternehmen, die sich ansiedeln wollen, werden es im kommenden Jahr voraussichtlich 73 % sein. Der Geschäftsführer gehe davon aus, dass sich 2015 und 2016 die Situation noch weiter verbessern werde.

In der Region spitze sich die Lage allerdings weiter zu, weil die Gewerbeflächen am Funckerberg allein in Wildau in absehbarer Zeit zu 100 % vergeben sein werden. Sein Appell an die Bürgermeister von Wildau und Königs Wusterhausen laute deshalb, an der weiteren Entwicklung des Funckerberges kooperativ zu arbeiten. Der Landkreis bzw. die Wirtschaftsförderungsgesellschaft wären auch bereit, gegen Bezahlung den planerischen Teil und den Teil des Managements zu übernehmen.

Herr Dr. Kuttner merkt zur Energieregion an, dass die Ergebnisse der Kompetenzfeldanalyse sehr differenziert betrachtet werden sollten. In der nächsten Aufsichtsratssitzung werde über den einen oder anderen Punkt sicherlich noch zu reden sein.

Zu den Problemen mit dem TAZV Luckau in Alteno findet im Moment eine Beratung zwischen den Firmen, dem Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, der IHK Cottbus und dem Luckauer Bürgermeister statt.

Er habe auch versucht, sich in die Thematik etwas einzuarbeiten und dabei festgestellt, dass in den Kaufverträgen seinerzeit verankert war, dass zu zahlen sei. Der TAZV Luckau habe aber bis vor kurzem nie eine Rechnung an die Firmen gestellt. Und freiwillig ohne eine Rechnung sein Geld irgendwo hinschicken, das mache niemand. Bei den Bürgern war es sicherlich teilweise ähnlich.

Bezüglich der RVS habe er das System der Einnahmeaufteilung im VBB nicht verstanden, obwohl er im Ausschuss sehr aufmerksam zugehört hatte. Im Frühjahr 2014 sollen aber endlich entsprechende Zahlen vorliegen.

Alles in allem bleibe er jedoch bei seiner Auffassung; er habe auch mehrmals mit einigen Steuerberatern gesprochen. Es sei sträflich - auch wenn die Verwaltung unterdessen den Geschäftsführer der RVS unterstützt - die Zahlungen an den VBB nicht in die Bilanz aufzunehmen. Diese waren ja auf Null gesetzt, obwohl in den letzten Jahren immer etwa eine Viertelmillion in die Bilanz eingestellt war.

Dessen ungeachtet sei die RVS aber gegenüber den anderen Unternehmen im VBB immer noch sehr gut aufgestellt.

Überdies habe er persönlich den Eindruck gewonnen, dass sich im VBB alle nach BVG und S-Bahn richten müssen. Und das könne nicht sein. Vielleicht sollte auch einmal über einen Austritt nachgedacht und geprüft werden, welche Nachteile entstehen würden.

Frau Tölpe lobt die gute Arbeit der Verbände KAEV und SBAZV. Es stelle sich jedoch die Frage, inwieweit diesen die wirtschaftliche Basis durch private Papiersammler entzogen werde.

Herr Klinkmüller antwortet, dass dieses Thema mit den Abfallentsorgungsverbänden beraten wurde. Zurzeit könne aber nichts dagegen unternommen werden.

Herr Terno führt zum TAZV Luckau aus, dass der Verbandsversammlung jahrelang mitgeteilt wurde, mit den Bescheiden auf dem Laufenden zu sein. Im Zusammenhang mit dem Schuldenmanagementfonds wurde dann ermittelt, wie viele Grundstücke überhaupt betroffen seien und wie viele einen Bescheid erhalten haben. In Luckau seien z. B. ca. 2.000 Grundstücke am zentralen Abwasserkanal angeschlossen, aber nur für etwa 1.000 Grundstücke wurden Bescheide geschrieben.

Dass die Beiträge heute noch erhoben werden können, liege darin begründet, dass 2002 das Kommunalabgabengesetz bezüglich der Verjährungsregelungen geändert wurde. Die Bürger dürfen aber nicht beliebig rückwirkend zur Kasse gebeten werden und es sei dringend erforderlich, die vierjährige Festsetzungsfrist in die geplante Änderung des Kommunalabgabengesetzes wieder aufzunehmen. Damit wären die Verbände gezwungen, zeitnahe Bescheide zu verschicken.

Alle Abgeordneten der im Kreisausschuss vertretenen Parteien werden aufgefordert, sich in diesem Sinne an ihre Vertreter im Landtag zu wenden.

TOP 7. Verschiedenes

Landrat Loge informiert:

Verleihung Verdienstorden:

In Abstimmung mit der Kreistagsvorsitzenden ist vorgesehen, in der Kreistagssitzung am 04.09.2013 vor Eintritt in die Tagesordnung zwei Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland zu verleihen.

Kreisbereisung:

Am kommenden Freitag erfolgt eine Kreisbereisung durch Innenminister Dr. Woidke. Neben einer Gesprächsrunde mit dem Stadtjugendring Königs Wusterhausen e. V. und Jugendlichen zur Präventionsarbeit werde gegen 14:30 Uhr an der Hauptwache der Feuerwehr Königs Wusterhausen ein Zuwendungsbescheid für einen Rüstwagen an die Feuerwehr Königs Wusterhausen übergeben. Gegen 14:45 Uhr werde dort auch das Projekt „Floriansdorf“ – ein gemeinsames Projekt der Jugendfeuerwehr des Landkreises und des Kinder- und Jugenderholungszentrums Frauensee – vorgestellt.

Bundestagswahl 2013:

Am 22.09.2013 ab 18:00 Uhr werden - so wie immer - in der Landstube die aktuellen Wahlergebnisse präsentiert.

Berufung einer Amtsleiterin und eines Amtsleiters:

Für das Jugendamt wurde Frau Städter als Amtsleiterin berufen; eine Mitarbeiterin aus den eigenen Reihen. Die öffentliche Ausschreibung habe nicht das gewünschte Ergebnis erbracht. Frau Städter fehlt jedoch noch die Ausbildung für den höheren Dienst. Diese werde sie in den nächsten Monaten nachholen. Trotzdem könne sie ab sofort das Jugendamt leiten.

Herr Licht, ebenfalls ein Mitarbeiter aus den eigenen Reihen, wurde als Amtsleiter des Amtes für Gebäude- und Immobilienmanagement berufen.

Klausur zum Haushalt 2014:

Verwaltungsintern fand eine erste Klausur zum Haushalt 2014 statt, in der es u. a. um den Abgleich der finanziellen Bedarfe der Fachämter und Kostensteigerungen im Zuge von Baumaßnahmen ging.

Die gegenwärtige Entwicklung zeige aber auch, dass es zu erhöhten Aufwendungen für Personalausgaben, Transferausgaben und Ausgaben in den Bereichen Jugend, Familie und Sport sowie Soziales kommen werde.

Gleichzeitig sinken jedoch die Investitionszuweisungen, weil der Landkreis im Rahmen der bisher festgelegten Kreisumlage erhöhte Bruttoeinnahmen habe.

Nach der Feindiskussion mit den Fachämtern werde den Fachausschüssen ein Entwurf zur Diskussion vorgelegt.

Flughafen BER:

Im Moment liegt kein Antrag für eine Umnutzung des Nordpiers vor. Herr Mehdorn habe jedoch in einem heutigen Telefonat um einen Termin für eine Abstimmung gebeten, wie sich dieser Antrag gestalten soll. Wegen anderer Termine konnte aber erst der 03.09.2013 vorgeschlagen werden.

Bevor die Bauordnungsbehörde allerdings die abschließende Unterschrift unter die Genehmigung setzt, müssen zahlreiche Träger öffentlicher Belange gehört werden. Und das dauert. Luftfahrtbehörden, Bundespolizei oder Zoll werden sich vermutlich die Zeit nehmen, die sie brauchen.

Zunehmend gebe es auch Fragen, z. B. in der Märkischen Oderzeitung, ob der LDS überhaupt leistungsfähig genug sei, um so einen Bauantrag zu bearbeiten.

Die Mitarbeiter im Bauordnungsamt haben jedoch schon Projekte wie Cargo-Lifter, Tropical Islands oder das A-10-Center bearbeitet und werden an einem Flughafenterminal nicht scheitern.

Herr Helbig weist darauf hin, dass das Bauordnungsamt wegen dem Flughafen im vergangenen Jahr durch die Einstellung von zwei weiteren Mitarbeiterinnen verstärkt wurde. Es stelle sich die Frage, ob diese auch ausgelastet seien, wenn die Unterlagen nur schleppend eingehen.

Landrat Loge erwidert, dass sie voll zu tun haben. Erst vor zwei Wochen gab es zwei Nachträge zum Nordpier, weil nicht so gebaut wurde, wie die Baugenehmigung das vorsah. Solche Nachträge kommen pausenlos. Und von den festgestellten 66.000 Mängeln seien auch 3.500 genehmigungsrelevant. Vier bis fünf Mitarbeiter haben ständig mit dem BER zu tun.

Nicht außer acht gelassen werden dürfe auch, dass die aus Altersgründen ausscheidenden Kollegen zu gegebener Zeit ersetzt werden müssen. Dann könne auf gut eingearbeitete Mitarbeiter zurückgegriffen werden.

Nach Herstellung der Nichtöffentlichkeit wird die Kreisausschusssitzung um 19:30 Uhr mit Tagesordnungspunkt 8 fortgesetzt.